V-5 Solidarität statt Ignoranz - Menschenwürde und Grundrechte für obdach- und wohnungslose Personen!

Antragsteller*in: Julius Obhues
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

Rund 263.000 Menschen in Deutschland haben keinen festen Wohnsitz. Für diese Personen bedeutet dieser Zustand eine massive Einschränkung ihrer Grundrechte und einen enormen Einschnitt ihrer Menschenwürde. Daher gehört zunehmende Obdach- und Wohnungslosigkeit zu den größten Herausforderungen unserer Gesellschaft. Die Bundesregierung hat es sich zum Ziel gemacht diese Problematik bis 2030 zu lösen, allerdings lassen die großen Ambitionen bisher keine konkreten Maßnahmen zur Umsetzung folgen.

Menschen in einer solch schwierigen Lebenslage haben keine Lobby – umso wichtiger ist es, dass wir als GRÜNE JUGEND solidarisch und kämpferisch an der Seite der Betroffenen von Obdach- und Wohnungslosigkeit stehen.

Daher fordern wir:

- **Bundesfördermittel für Housing-First**
- **Massiver Ausbau von kostenloser Trinkwasserversorgung, besonders in Innenstädten**
- **Abbau der bürokratischen Hürden bei Notübernachtungsstellen (besonders für nicht EU-Bürger*innen)**
- **Fördertopf für die Errichtung und den Betrieb von öffentlichen Toiletten mit kostenloser Bereitstellung von Periodenprodukten und weiteren Hygieneartikeln**
- **Bundesfördermittel für Dusch- und Kältebusse**
- **Sicherstellung eines niederschwelligen Zugangs zu medizinischer Grundversorgung und psychologischer Betreuung**
- **Bundesweite beständige Förderung von aufsuchender Sozialarbeit bzw.**

Streetwork

- **Aufklärungskampagne zur Destigmatisierung von Obdachlosigkeit sowie zur Verhinderung von Gewalt gegenüber obdachlosen Menschen**

Begründung

Menschen in Obdach- und Wohnungslosigkeit haben keine Lobby. Es ist ein Skandal, dass sich in einem reichen Land wie Deutschland überhaupt Personen in einer solch prekären Lebenssituation befinden. Und die Probleme werden nicht kleiner: Die Gewalt gegen Menschen ohne festen Wohnsitz steigt! Statt das zu verhindern, gehen auch von Ordnungsbehörden massive Repressionen aus. Der aktuelle Sparkurs der Bundesregierung führt zu Einschränkungen bei sozialen Hilfen, wodurch sich die Probleme weiter verschärfen. Durch steigende Mieten steigen auch die Hürden, wieder einen festen Wohnsitz zu finden. Gleichzeitig nimmt auch die Gefahr zu, dass Menschen in Armut ihre Miete nicht mehr zahlen können und in die Wohnungslosigkeit abrutschen.

Die Kommunen sind mit dieser Aufgabe oft überfordert. Sie ergreifen eher Maßnahmen gegen betroffene Menschen, anstatt die Obdachlosigkeit als gesellschaftliches Problem anzugehen. Daher muss der Bund seine Verantwortung zur Überwindung der Obdachlosigkeit anerkennen und konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Situation zu entschärfen.